

Der König schenkt dem Volk eine neue Verfassung

Vor etwas mehr als einem Monat hat der marokkanische König Mohamed VI unter dem Druck von Strasse eine Reform der Verfassung in Aussicht gestellt. Die Anhörungen von Parteien und Gewerkschaften vor der Kommission sind letzte Woche abgeschlossen worden. Viele Beobachter hegen allerdings grosse Zweifel daran, ob die angekündigten Reformen genügend weit gehen werden und ob auf solche Weise der auch in Marokko weit verbreiteten sozialen Unrast der Wind aus den Segeln genommen werden kann. Die „Bewegung des 20. Februar“ will auf jeden Fall den Druck aufrechterhalten. Sie wird neuerdings, wenn auch sehr vorsichtig, von der grössten islamistischen Kraft im Land unterstützt.

Beat Stauffer



König Mohamed VI mit Familie (Ausriss aus Nissaa min al Maghrib)

Seit der Übernahme der Amtsgeschäfte im Sommer 1999 wollte König Mohamed VI von einer Verfassungsreform nichts wissen. Die Unruhen und Revolutionen in der gesamten arabischen Welt haben den marokkanischen Herrscher nun eines Besseren belehrt. In einer vom Fernsehen übertragenen Rede kündete der Monarch vor rund einem Monat an, die seit 1996 geltende Verfassung überarbeiten zu lassen. Zu diesem Zweck setzte er sogleich eine Kommission ein, die bis Anfang Juni einen Reformvorschlag vorzulegen hat. Die Anhörung von Parteien und Gewerkschaften ist Ende der ersten Aprilwoche abgeschlossen worden.

Die Rede des Königs ist in Marokko mehrheitlich positiv aufgenommen worden. Zwar handelt es sich erst um die Ankündigung einer Reform, und es muss sich erst noch zeigen, welche konkreten Schritte die Kommission dem König empfehlen wird und welche dieser Empfehlungen dann auch umgesetzt werden. Dennoch stellt diese Rede eine gewichtige Zäsur dar. „Noch bis vor kurzem war es faktisch ein Tabu, eine Reform der Verfassung zu fordern oder dieses Thema in den Medien aufzugreifen“, sagt der marokkanische Politikwissenschaftler Omar Brouksy gegenüber der NZZ. Noch im Jahr 2007 habe Mohamed VI auf einer „exekutiven Monarchie“ bestanden. Mit dieser Rede habe der König nun aber erstmals in einer offiziellen Rede das Grundprinzip der Gewaltentrennung anerkannt und damit zumindest erste Schritte in Richtung einer konstitutionellen Monarchie unternommen. Dazu gehören auch die Stärkung der Rolle des Premierministers sowie die angestrebte Unabhängigkeit der Justiz. Für viele ist auch die Ankündigung, dass die Amazirität (Berbertum) als Teil der marokkanischen Identität in der Verfassung festgeschrieben werden soll, ein beachtlicher Fortschritt.

Wie nicht anders zu erwarten, äusserten sich die an der gegenwärtigen Regierung beteiligten Parteien sehr positiv zur Rede des Königs und zum Projekt einer Verfassungsreform. Es handle sich um eine „stille Revolution“, gemeinsam getragen vom marokkanischen Volk und vom König, sagte etwa Abdelouahed Radi, Generalsekretär der sozialdemokratischen Partei USFP und langjähriger Abgeordneter. Damit bekräftigte er den Mythos des marokkanischen Spezialfalls, der sich eben nicht mit anderen Ländern vergleichen lasse und in dem Volk und König letztlich am gleichen Strick zögen. Einer der nationalen Feiertage heisst denn auch „Fête de la révolution du peuple et du Roi“ (20.8.).

Zumindest bei einem Teil der kleinen Schicht der marokkanischen Bevölkerung, die sich unter dem Begriff „Verfassungsreform“ überhaupt etwas vorstellen können, überwiegen aber die Zweifel. Sie beziehen sich zum einen auf die Zusammensetzung der erwähnten Kommission. Deren Mitgliedern wird zum einen fehlende Unabhängigkeit vom Staatsapparat vorgeworfen, zum andern wird bemängelt, dass dort gewichtige Elemente und Kräfte der marokkanischen Gesellschaft fehlen – etwa die junge Generation, islamistische Organisationen und unabhängige Verbände. Weiter wird kritisiert, dass die Verfassungsreform statt von gewählten Volksvertretern von Experten erarbeitet wird, die Mohamed VI selber ernannt hat; die neue Verfassung kommt deshalb gewissermassen als ein Geschenk des Königs daher. Schliesslich werden Stimmen laut, welche die marokkanische Verfassung für nicht reformierbar halten. „Die gegenwärtige Verfassung ist ein Text, der von der Monarchie für sich selber massgeschneidert worden ist“, erklärt der Anwalt Mohamed Aghnaj, Mitglied bei der islamistischen Organisation „Gerechtigkeit und Wohlfahrt“. Sie könne unmöglich das Fundament für einen modernen Staat legen. Grundlegende Vorbehalte äussert auch die Präsidentin der unabhängigen Menschenrechtsorganisation AMDH, Khadija Rouissi. Der Druck von der Basis müsse in den kommenden Wochen auf jeden Fall anhalten, um bei den Reformvorschlägen „das Maximum herauszuholen“.

Eine heterogene Bewegung

Auch die „Bewegung des 20. Februar“, welche aus einer spontanen Initiative junger Menschen aus dem städtischen Milieu hervorgegangen

ist, steht dem vom König in die Wege geleiteten Projekt einer Reform der Verfassung äusserst skeptisch gegenüber. „Wir haben keinerlei Vertrauen in die Kommission, welche die Vorschläge zur Reform der Verfassung ausarbeiten soll“, erklärte die Aktivistin und Medizinstudentin Tamer Aouidi gegenüber der Wochenzeitung TelQuel. Bereits wenige Tage nach der Rede des Königs seien Demonstrierende wieder zusammengeknüpelt worden; solche Praktiken würden das Vertrauen in den Staat untergraben. Eine Einladung des Kommissionspräsidenten, sich an der Ausarbeitung der Reformvorschläge zu beteiligen, lehnten Vertreter der Bewegung kürzlich ab. Stattdessen fordern sie, Parlament und Regierung müssten aufgelöst werden, da sie die marokkanische Bevölkerung in keine Weise repräsentierten.

So klar es ist, dass die jungen Politaktivisten bereits einiges bewirkt haben, so offen ist der weitere Gang der Dinge. Die zahlreichen in der „Bewegung“ zusammengeschlossenen Gruppierungen und Strömungen geben sich überzeugt davon, dass es ihnen gelingen wird, die marokkanische Bevölkerung weiterhin zu mobilisieren. Am Ostersonntag sollen zum dritten Mal landesweit friedliche Demonstrationen stattfinden, um die Forderungen nach mehr Demokratie, nach Gewaltentrennung und effektiver Bekämpfung der Korruption auf die Strasse zu tragen. Neben zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, linken (Klein-)Parteien und Einzelpersonen hat sich nun auch die grösste islamistische Gruppierung des Landes namens „Gerechtigkeit und Wohlfahrt“ der „Bewegung“ angeschlossen, wenn auch bis anhin sehr vorsichtig. Unterstützung erhält die sehr heterogene Bewegung auch von einer Fraktion der islamistischen Partei PJD und von Berbervereinigungen. Sollte diese Allianz tatsächlich Bestand haben, so könnte daraus mittelfristig eine Kraft entstehen, die dem Regime durchaus gefährlich werden könnte.

Kein Interesse an Verfassungsreformen

Zwei wichtige Komponenten der marokkanischen Bevölkerung scheinen aber von dieser „Bewegung des 20. Februar“ nicht oder kaum berührt worden zu sein. Es handelt sich zum einen um die mehreren Millionen Menschen, die in den armen Vorstädten der grossen urbanen Zentren leben. Aus genau diesem Milieu sind 2003 und 2004 die Attentäter hervorgegangen, welche die Bomben in Casablanca und in Madrid gelegt hatten. Zum andern handelt es sich um die Bewohner armer ländlicher Regionen. Die Lebensbedingungen und -perspektiven dieser Bevölkerungsgruppen haben sich in den vergangenen Jahren, wenn überhaupt, nur unwesentlich verbessert. Das Projekt einer Verfassungsreform dürfte diese Unterschichten kaum berühren; sie sind bereits mit dem Kampf ums tägliche Überleben vollumfänglich ausgelastet und meist auch wenig gebildet. Soziale Revolten und Aufstände in diesen Milieus sind nach wie vor denkbar, solange sich die Lage dieser Menschen am Rande der Gesellschaft nicht spürbar ändert. Einzig eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche etwa die immense Kluft zwischen Arm und Reich oder die faktische Steuerfreiheit zahlreicher Unternehmer angeht und die Prestige-Investitionen, welche nur den neuen Oberschichten dienen, in Frage stellt, könnte in dieser Hinsicht etwas bewirken. Es gibt allerdings keine Anzeichen dafür, dass der König dafür einen Handlungsbedarf erkennt.

Erstaunliche Stabilität

Marokko ist bis anhin von der im gesamten Maghreb spürbaren revolutionären Stimmung erstaunlich wenig erfasst worden. Dies dürfte zum einen einer Reihe von Freiheiten zu verdanken sein, welche König Hassan II seinen Untertanen schon in den 90-er Jahren gewährt hatte. Vergleichsweise freie Medien und Nichtregierungsorganisationen – so meinen manche Beobachter – haben eine Art Ventilfunktion, um Frustrationen abzuleiten und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich konkret zu engagieren. Eine den Volkszorn dämpfende Wirkung hatte wohl auch die massive Erhöhung der Subventionen für gewisse Konsumgüter, welche die marokkanische Regierung im Februar 2011 beschlossen hat.

Die erstaunliche Stabilität dürfte aber auch der Institution der Monarchie zu verdanken sein, die bis heute in der marokkanischen Bevölkerung gut stark verankert ist. Selbst die „Bewegung des 20. Februar“ stellt die Institution der Monarchie nicht in Frage. Die Beliebtheit von Mohamed VI – vor allem bei der ungebildeten Bevölkerung – dürfte allerdings auch darauf zurückzuführen sein, dass sich der König in den staatlichen Medien tagtäglich als initiativer Herrscher feiern lässt, der unablässig für das Wohl seines Landes tätig ist. So gehen viele Marokkaner davon aus, dass der König gut ist, die gewählte Regierung aber schlecht und für die Missstände im Land verantwortlich.

Doch die Ausstrahlung des Monarchen ist in den vergangenen 11 Jahren deutlich blasser geworden. Aus dem sportlich und jugendlich wirkenden „König der Jungen“ ist ein gesetzter Herr geworden, der seine Reden abliest und nicht wirklich zu begeistern vermag. Viele seiner Untertanen rätseln darüber, worauf wohl die äusserliche Veränderung des Monarchen, der gelegentlich selbst in Moscheen eine dunkle Sonnenbrille trägt, zurückzuführen sei; dies allerdings nur im privaten Kreis, da bereits solche Reflexionen einen Straftatbestand darstellen können.

Offene Kritik am Monarchen ist schon deshalb in Marokko höchst selten zu hören. Einzig ein paar Intellektuelle wagen es, dem König sein immenses Vermögen und seine Rolle als bedeutendster Unternehmer des Landes vor Augen zu halten und ihn darauf aufmerksam zu machen, dass er die letzte Verantwortung für die Zustände im Land trage. Zu ihnen gehört der in den USA lebende Schriftsteller Abdelhak Serhane. Wie schon kurz nach dem Amtsantritt von Mohamed VI im September 1999 wandte sich Serhane erneut in einem offenen Brief an den König und forderte ihn zu einem radikalen Kurswechsel auf. „Wenn Sie weiterhin eine Statistenrolle spielen wollen, dann wird sich die Revolution gegen Sie wenden“, schreibt Serhane. „In diesem Fall wird die Welle alles auf ihrem Weg mitreißen.“ Der in *Le Monde* veröffentlichte Brief ist bis anhin nicht auf Arabisch übersetzt worden. Hart ins Gericht mit dem Regime geht auch der ehemalige Chefredaktor von „Le Journal Hebdomadaire“: Das marokkanische Regime sei „korrupt und reformunfähig“, und an der Spitze des Staates herrsche eine „enorme Dummheit“ vor.

Schon bald wird sich erweisen, ob die angekündigte Reform der Verfassung substanzielle Änderungen beinhaltet, die Vorrechte des Königs beschneidet und den Weg zu einer konstitutionellen Monarchie vortreibt. Dann wird sich auch zeigen, ob das marokkanische Volk

tatsächlich Hand in Hand mit dem Monarchen eine „stille Revolution“ vorantreiben will, oder ob sich der Unmut über die Zustände im Land auf andere Weise Luft verschaffen wird.

(Eine gekürzte Fassung dieses Artikels ist am 16.4.2011 in der NZZ erschienen)